

Liebe Genossinnen. liebe Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Alle,

was für besondere Feiertage waren das, die wir bestimmt alle lange im Gedächtnis behalten. Der Ostermarsch wurde Online und Zuhause gemacht und trotzdem haben den Livestream vom Ostermarsch bis jetzt über 2.000 Personen angeschaut. Bei der gemeinsamen Aktion der Friedensorganisationen wurden hunderte Friedensfahnen an den Balkonen und Fenstern angebracht und die Beobachter haben über all diese Aktivitäten eine gute Zusammenfassung gebracht.

[Hier geht es zum Livemitschnitt des Ostermarsches von der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden von DIE LINKE. Baden-Württemberg](#)
[Hier geht es zum Bericht der Beobachter-News](#)

Politisch aktiv bleiben und auf Missstände aufmerksam machen, gerade in der derzeitigen Krise, müssen wir nach wie vor und sogar verstärkt. Denn die wirklich Leidtragenden sind nicht die, die privilegiert in ihrem Home-Office arbeiten können, sondern sind die, die vom Kurzarbeitergeld nicht über die Runden kommen. Es sind die Menschen deren Zugang zu Hygienemaßnahmen verwehrt bleiben, die Obdachlosen und diejenigen, die in Massenunterkünften leben müssen. Es sind die Menschen die ohne Balkon und ohne Garten in einer kleinen Wohnung leben, wo die Kinder nicht ganz selbstverständlich auch draußen spielen können. Und es sind die vielen kleinen Geschäfte, Theater, Handwerksbetriebe usw. Die Auseinandersetzung, wer letztendlich für die Krise zahlen wird, muss geführt werden. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass es nicht die Menschen sind, die sowieso am meisten unter dieser Krise leiden. Erwähnt werden muss aber gleichzeitig auch das große Engagement und die Hilfsbereitschaft, die sich entwickelt hat. Das geht über Einkaufshilfen, Unterstützung lokaler Geschäfte und Restaurants bis hin zur finanziellen Unterstützung von Künstlerinnen und Künstler. Hier ein kleiner Überblick: [Stuttgart HILFT](#), [Solidarisches Stuttgart](#), [Künstler*innensoforthilfe](#), [Stuttgart-Ost Solidarisch](#).

Aktuelles vom Kreisvorstand:

Mitgliederbrief & Infoblatt

In unserer Videokonferenz am vergangenen Ostermontag besprachen wir die Aktivitäten der letzten Wochen nach:

Insgesamt 6.000 Stück des aktuellen Infoblatts wurden zusammen mit dem Schreiben des Vorstandes an unsere Mitglieder versandt. In jeden Brief wurden mehrere Exemplare des Infoblattes gepackt. Unser Ziel war es u. a., dass auf diese Weise eine erhebliche Anzahl der Corona-Ausgabe unseres Infoblatts dezentral unter die Leute gebracht wird, indem jedes Mitglied die Briefkästen in ihrer/seiner unmittelbaren Nachbarschaft bestückt. Es ist das erste Mal, dass auf diese Weise eine Infoblattverteilung angegangen wird – wie freuen uns über ehrliche Rückmeldung aus der Mitgliedschaft, ob dieses Vorgehen sinnvoll erscheint? Insgesamt waren die Rückmeldungen bisher sehr positiv. Zudem haben auch einige Ortsverbände Infoblätter in größeren Mengen bezogen und verteilt, sodass wir bereits eine zweite Auflage angefordert haben. Es gilt also nach wie vor: Wer – Ortsverband oder als Einzelmitglied – sich an der Infoblattverteilung beteiligen möchte, kann sich gerne an den Vorstand wenden. Auf diese Weis hoffen wir unsere politischen Positionen in die Stadtteile zu tragen

und auch Menschen zu erreichen die wir über Internet und soziale Medien nicht erreichen würden.

Digitale Formate

Stichwort soziale Medien: Bundesweit aber auch in Baden-Württemberg und in Stuttgart nutzten wir die Corona-Krise als Anlass, um uns verstärkt in digitale Vernetzungs- und Veranstaltungsformate einzuarbeiten. Wir halten so Kommunikation und politische Debatte untereinander trotz physischer Kontaktsperre aufrecht und erlernen Dinge, die uns nach Corona noch nützlich sein werden. Unsere Jugendorganisation Linksjugend ['solid] Stuttgart hat bereits eine Reihe von digitalen Diskussionsformaten organisiert. Die Termine stellen wir weiter unten vor.

#LeaveNoOneBehind

Trotz Infektionsschutzmaßnahmen halten wir es außerdem für notwendig – abseits von digitalen Formaten – auch Formen für den realen, physischen Protest auf der Straße zu finden. Wir sind der Überzeugung, dass dies mit sinnvollen Infektionsschutzmaßnahmen in Einklang zu bringen und überdies auch dringend erforderlich ist. Entsprechend nahmen viele unserer Mitglieder am vorletzten Samstag an den Stadtspaziergängen teil, die unter dem Motto "leave no one behind" (niemand soll zurückgelassen bzw. vergessen werden) stattfanden und der katastrophalen Situation in den Geflüchtetenlagern in der Ägäis die Forderung nach einer umgehenden Evakuierung dieser Lager und einer dezentralen Unterbringung entgegensetzte. Eng verbunden damit wurde auf unserer letzten Kreisvorstandssitzung von der Abstimmung im Gemeinderat am 09. April berichtet, in der die Stadt sich zum sicheren Hafen für aus Seenot Gerettete erklärte. Mehr zu dieser Thematik und zu der reaktionären Haltung insbesondere der CDU in Person des Stadtrats und Stuttgarter Junge-Union Chefs M. Mörseburg in der betreffenden Frage findet ihr weiter unten in einem ausführlichen Artikel von Dennis Klora.

Rückblick:

Aktionstag der Seebrücke am 5. April 2020

#LeaveNoOneBehind



Bilder vom Stadtspaziergang der Seebrücke Stuttgart mit der Forderung der sofortigen Evakuierung der Geflüchtetenlager auf den Ägäis-Inseln, wie dem Lager Moria auf Lesbos. Die Deutsche Regierung muss endlich handeln, statt sich weiter nichts zu tun und sich darauf herauszureden, dass erst andere Länder in der EU aktiv werden müssten. Diese Haltung der Bundesregierung ist zynisch. Die Lager müssen jetzt schnellstmöglich (Kinder zuerst) und vollständig evakuiert werden.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Bedingungen in den Lagern waren schon vor der Corona-Krise unhaltbar und katastrophal und die Evakuierung unsere Forderung. Doch das Ausmaß der Katastrophe ist im wahrscheinlichen Fall einer Verbreitung des Corona-Virus noch größer. Es darf keinen Tag länger zugelassen werden, dass 20.000 Menschen, darunter zahlreiche Kinder auf engstem Raum, ohne geeignete Sanitäre Einrichtungen und Unterkünfte ausharren müssen, wie dies im Lager Moria der Fall ist.

Weltgesundheitstag



Zum Weltgesundheitstag am 7. April, haben wir gemeinsam mit vielen anderen Aktiven an einer bundesweiten Aktion teilgenommen.

Pflegepersonal leistet so wichtige Arbeit. Es wird Zeit, dass diese auch wertgeschätzt wird.

Der Pflegenotstand ist lebensgefährlich – für die Beschäftigten und für Patientinnen und Patienten! In der Corona-Krise sind die vielen Risse und Mängel des Gesundheitssystems und in der Pflege offensichtlich geworden. Jahrelang wurden die Krankenhäuser auf Markt und Profit zugeschnitten, es musste sich „rechnen“: Die Betten und Stationen müssen immer (fast) ausgelastet sein. Wenn der Bedarf dann steigt wie jetzt mit Corona, gibt es keine Reserven. Das

ist schlechte Planung und schlechte Politik, die Tausende Menschen das Leben kosten kann.

Gemeinsam machen wir Druck für: 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege | jeweils 100 000 mehr Pflegekräfte in Krankenhaus & Altenpflege | bedarfsdeckende gesetzliche Personalschlüssel | Schutz der Beschäftigten: mit Schutzkleidung und ausreichend Desinfektionsmittel | Pflege-Voll-Versicherung, die alle Bedarfe der Gepflegten abdeckt.

Entschlossen und solidarisch gegen den Pflegenotstand! Unterzeichnet unseren Aufruf "Pflegenotstand stoppen".

<https://www.pflegenotstand-stoppen.de/aufruf-unterzeichnen/>

Aktuelles von unseren Ortsverbänden und AGs :

OV-Filder: Kontakt: ov.filder@die-linke-stuttgart.de

**Samstag, 18. April 2020, 15:00 Uhr, Zoom-Videogespräch
Corona und die Pflege. Gespräch mit Johanna Tiarks. Lehrerin für
Pflegeberufe und Bezirksbeirätin S-Mitte.**

Was bedeutet die Corona-Krise für eine von Unterfinanzierung betroffene Pflege?
Was sind die Forderungen von DIE LINKE?
Input von Johanna Tiarks und Diskussion.

Join Zoom Meeting

<https://us02web.zoom.us/j/2555373437?pwd=c3VmcmFJVkdgrVnRmcnlxQUJRcUR6UT09>

Meeting ID: 255 537 3437

Password: 816059

Corona und die Pflege

**Gespräch mit
Johanna Tiarks**
Lehrerin für Pflegeberufe und
Bezirksbeirätin S-Mitte

**18.04. um 15 Uhr
auf Zoom**

DIE LINKE.
Ortsverband Stuttgart Filder

OV-Süd: Kontakt: ov.sued@die-linke-stuttgart.de

Historische Chance am Erwin-Schoettle-Platz muss die Stadt nun nutzen!

Es ist ein gigantisches Gelände, das ab 2022 am Erwin-Schoettle-Platz in Stuttgart-Süd frei wird: Bereits im Sommer 2019 wurde bekannt, dass das Statistische Landesamt seinen dortigen Sitz verlässt, um nach Fellbach in ein größeres Gebäude zu ziehen. Auch der Standort der Uni Stuttgart, der auf dem gleichen Gelände untergebracht ist, wird ab 2030 wegziehen. Dadurch wird eine Fläche von 15.000 Quadratmetern frei.

Der Stadt Stuttgart bietet sich damit eine historische Chance: Ein so großes zusammenhängendes Gelände in zentraler Lage wird es lange nicht wiedergeben. Hunderte günstiger Wohneinheiten, soziale und kulturelle Einrichtungen, Räumlichkeiten für Künstler*innen oder kleine Gewerbeeinheiten wären hier zu günstigen Mietpreisen möglich – wenn sich die Stadt jetzt für den Erwerb des Geländes einsetzt und sich anschließend für eine Nutzung im Sinne dessen bereit zeigt, was Stuttgart am dringendsten braucht.

Das Gelände gehört dem Land Baden-Württemberg, und immer wieder ist zu hören, die Stadt stünde bereits in Verhandlungen über einen Erwerb. Offiziell verkündet wurde allerdings nichts, obwohl der Auszug des Landesamtes schon fast vor der Tür steht. erinnert man sich daran, dass die Stadt in jüngster Vergangenheit selbst Vorkaufsrechte nicht wahrnahm (wie etwa in der Sedan-/Neckarstraße in Stuttgart-Ost), so ist die Sorge nun groß, auch hier werde man erst informiert, wenn alles bereits entschieden ist. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der etliche politische Beteiligungsebenen außer Kraft gesetzt wurden oder nur noch im Notbetrieb laufen, wächst die Befürchtung, dass die Stadt ihren dringenden Auftrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wieder mal nicht ernst nimmt.

Unsere FrAKTION im Gemeinderat und ihre Vertreter*innen im Bezirksbeirat Stuttgart-Süd haben daher Anfragen nach dem aktuellen Stand in dieser Sache eingereicht und werden sich auch weiter für die künftige Nutzung des Geländes im Interesse des Großteils der Stuttgarter*innen einsetzen.
(von Sabine Vogel, Bezirksbeirätin in Stuttgart-Süd) - [hier zum Bericht mit Bild](#)

OV-Nord: Kontakt: ov.nord@die-linke-stuttgart.de

OV-Ost: Kontakt: ov.ost@die-linke-stuttgart.de

OV-Cannstatt - Münster - Mühlhausen: Kontakt: ov.cannstatt@die-linke-stuttgart.de

OV-Mitte: Kontakt: ov.mitte@die-linke-stuttgart.de

OV-West: Kontakt: ov.west@die-linke-stuttgart.de

OV-Obere Neckarvororte: Kontakt: ov.neckarvororte@die-linke-stuttgart.de

Aktuelles von unseren Stadträten:

Aktueller Amtsblattartikel

Gefahr für Bildungserfolg benachteiligter Kinder

Die Corona-Pandemie schränkt alle massiv ein. Besonders hart trifft es die Schwächsten in unserer Stadt: Kinder und Jugendliche in benachteiligten Familien. In extrem beengten Wohnungen, Sozialhotels oder Gemeinschaftsunterkünften war der Alltag schon vor Corona schwierig. Jetzt steigert sich die Qual mit der Zunahme finanzieller Probleme durch den Wegfall von Jobs und günstigen Einkaufsmöglichkeiten bei engem Zusammenleben. Manche Kinder und Jugendliche, die vorher in Kitas, Schulen, Sporteinrichtungen und Jugendhäusern willkommene Freiräume nutzten und sich durch

abwechslungsreiche Angebote entfalten konnten, sehen sich plötzlich auf sich alleine gestellt. Schlimmstenfalls droht ihnen sogar häusliche Gewalt. Davor warnen auch Stuttgarter Expert*innen auf der Basis der Erfahrungen in anderen Ländern, wobei häusliche Gewalt keineswegs nur ein Problem in chancenbenachteiligten Familien ist.

Die jetzige Krise verschärft eklatant bestehende strukturelle Probleme. So ist z.B. in keinem anderen Land die Herkunftsfamilie so entscheidend für den Bildungserfolg wie in Deutschland. Wenn Kinder jetzt zu Hause mithilfe ihrer Eltern Aufgaben lösen sollen, stellen auch die Stuttgarter Lehrer*innen gerade fest, dass die von ihnen ausgegebenen Aufgaben, vor allem, wenn Arbeitsblätter per E-Mail geschickt werden, von chancenbenachteiligten Kindern nicht bearbeitet werden können, weil es an einem Computer, Drucker und Internetanschluss mangelt und ebenso an Rückzugsräumen.

Familien mit Kindern müssen nicht nur aus Gründen des Infektionsschutzes raus aus den beengten Sozialhotels und Gemeinschaftsunterkünften. Leerstand und verwaiste Hotels könnten für ihre Unterbringung angemietet werden. Unser Antrag muss endlich auf die Tagesordnung des Gemeinderats! Zudem ist zu überlegen, ob nicht eine Notfallbetreuung für diese Kinder eingerichtet werden kann.

Unter diesem LINK könnt ihr alle Anträge unserer Fraktion sehen:
<https://soeslinkeplus.de/category/aktuelles/antraege-und-anfragen/>
Unter diesem LINK könnt ihr die aktuellsten PMs unserer Fraktion sehen: <https://soeslinkeplus.de/category/presse/>

Aktuelles aus der Regionalversammlung:



Unter diesem LINK könnt ihr alle Anträge unserer Fraktion in der Regionalversammlung sehen: <https://www.dielinke-rv-stuttgart.de/nc/antraege-reden-anfragen/antraege/>

Aktuelles aus dem Wahlkreisbüro von Bernd Riexinger:

Krise als Chance für sozial-ökologischen Wandel - IG Metall und BUND weiter als GroKo

DIE LINKE begrüßt die gemeinsame Erklärung von IG Metall und BUND für einen sozial-ökologischen Weg aus der Corona-Krise. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erklärt:

Dass sich Industriegewerkschaft und Umweltschutzverband in der Krise die Hand reichen und einen gemeinsamen Weg aus der Krise vorschlagen, ist ein kaum zu überschätzender Schritt. Die Zivilgesellschaft ist hier deutlich weiter als die Bundesregierung. Während die Große Koalition noch Debatten an den Linien "Ökologie oder Wirtschaft", "Corona Bekämpfung oder Wirtschaft" führt, legen IG Metall und BUND einen Vorschlag auf den Tisch, der zeigt, wie man die Corona-Krise als Katalysator für den notwendigen Umbau nutzen kann. Ein Umbau, der die Wirtschaftskraft erhält und sie den ökologischen Zielen, insbesondere dem 1,5° Ziel, verpflichtet.

In der Krise eingeführte Staatsbeteiligungen an Unternehmen zu halten und zu nutzen, um einen ökologisch nachhaltigen Umbau der Produktion anzuschieben, ist ein sehr vernünftiger Ansatz. Dass Unternehmen, deren Überleben durch Steuermittel gestützt wird, sich dem Gemeinwohl und sozialen Standards verpflichten, sollte ohnehin selbstverständlich sein.

Völlig unvernünftig ist dagegen die bisherige Linie der Bundesregierung, in kriselnde Unternehmen nur Geld zu pumpen und keine längerfristige Mitsprache anzustreben. Damit würden tatsächlich die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt, während die Gewinne zuverlässig weiter in private Taschen abfließen. Auch den Ansatz, jetzt in eine nachhaltige Versorgungsinfrastruktur zu investieren, finde ich richtig. Konkret kann ich mir vorstellen, Planungen und Investitionen in Schienenwege und anstehende Brückenerneuerungen jetzt vorzuziehen, so lange die Verkehrsmittel weitgehend leer sind. Auch wäre zu prüfen, wo Automobilkonzerne die Zeit stillstehender Bänder nutzen können, um Produktionskapazitäten für die dringend benötigten zusätzlichen Busse und Züge aufzubauen. Dann sind wir wirklich nach der Krise bereit durchzustarten.

Das Wahlkreisbüro findet gerade nur im Home-Office statt. Sie erreichen uns unter: dagmar.uhlig@web.de

DIE LINKE-Baden-Württemberg:

[Link zur Landesseite mit aktuellen Online-Veranstaltungen und Meldungen](#)

DIE LINKE im Bundestag:

Pressemitteilung von Nicole Gohlke, MdB

Agieren der Bundesbildungsministerin in der Corona-Pandemie ist ein Armutszeugnis

„Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geplanten Korrekturen bei der BAföG-Einkommensanrechnung und der Befristung des

wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen sind das Mindeste, aber insgesamt viel zu wenig. Die Bundesbildungsministerin scheint die Vielzahl von Problemlagen bei den Studentinnen und Studenten sowie beim wissenschaftlichen Personal nicht verstanden zu haben“, erklärt Nicole Gohlke, hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das Unterstützungspaket. Gohlke weiter:

„Die Ministerin schweigt dazu, dass 750.000 Studentinnen und Studenten bereits ihre Nebenjobs verloren haben und dass den Honorarkräften und Lehrbeauftragten durch den Lehrausfall das Einkommen wegbricht. Kein Wort auch dazu, dass ausländische Studentinnen und Studenten um ihre Aufenthaltsgenehmigung und drittmittelgeförderte Projekte um die Finanzierung bangen.

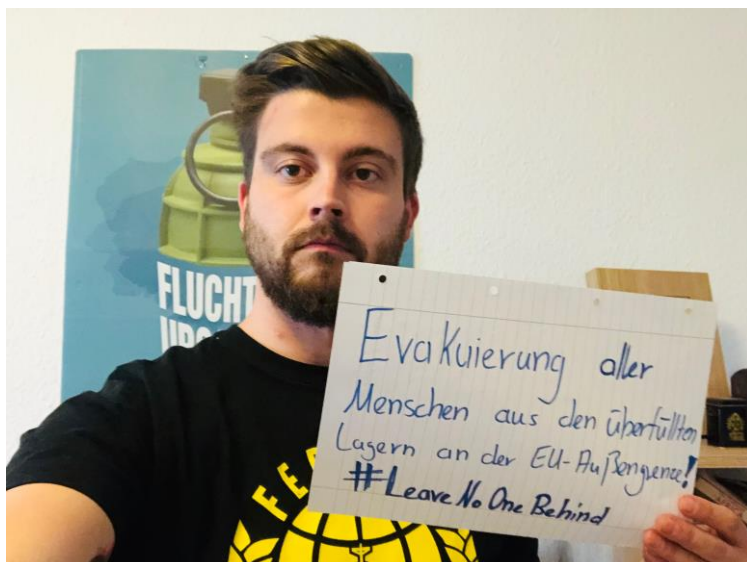
Das Agieren der Bundesbildungsministerin in der Corona-Pandemie ist ein Armutszeugnis. Für ein Krisenmanagement, das diesen Namen verdient, ist die Einrichtung eines Bund-Länder-Sozialfonds notwendig. Und spätestens jetzt wird offensichtlich, dass sowohl das Wissenschaftszeitvertragsgesetz wie auch das BAföG zum Wohle der Beschäftigten und der Studentinnen und Studenten schleunigst reformiert werden müssen.“

Aktuelles unserer Linken in Europa:

Link für aktuelle Beiträge im Europaparlament: <https://www.dielinke-europa.eu/de/topic/875.aktuell.html>

Was uns sonst noch wichtig ist:

"Stuttgart ist sicherer Hafen - aber auf Worte müssen Taten folgen"



Bericht zur Seebrücken-Demo #LeaveNoOneBehind in Stuttgart am 05.04.2020 und zur aktuellen Situation Stuttgart als „sicherer Hafen“ Aktionstag zur #LeaveNoOneBehind Kampagne am 05.04.2020

An den EU-Außergrenzen erleben wir eine beispiellose menschenrechtliche, gesundheitliche und politische Katastrophe. Angesichts der weltweiten Corona-

Pandemie müssen wir mehr denn je solidarisch handeln und jene unterstützen, die von dieser Katastrophe besonders schwer betroffen sind. Dazu hat die SEEBRÜCKE die Kampagne #LeaveNoOneBehind gestartet (<https://seebruecke.org/leavenoonebehind/aktionen/>).

Am Sonntag, den 05. April 2020, fand ein bundesweiter Aktionstag statt – so auch in Stuttgart. Die SEEBRÜCKE Stuttgart und weitere Organisationen sowie zahlreiche engagierte Privatpersonen beteiligten sich an der Protestaktion. Dazu wurden verschiedene Orte in der Stadt wie z.B. das Rathaus, das Innenministerium, das griechische Konsulat oder die Ausländerbehörde mit Schildern, Transparenten und Forderungszetteln präpariert, um auf die aktuelle Situation an den EU-Außengrenzen aufmerksam zu machen und den Bezug zu den Verantwortlichen und Systemursachen herzustellen. Alle Stationen wurden auch digital abgebildet, sodass man den Stadtspaziergang auch interaktiv, von Zuhause aus, verfolgen konnte.

[hier zum ganzen Bericht von Dennis Klora](#)

Krisenstab für kurdische Flüchtlinge



Aynur Karlikli ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Stuttgart und ist aktiv in diesem Krisenstab

Vor einigen Wochen hat der kurdische Verband Baden-Württemberg einen Krisenstab gegründet, um kurdischen Mitbürgern, vor allem Flüchtlingen in den Flüchtlingsunterkünften, während der Corona-Krise beizustehen.

Das Hauptziel des Krisenstabs ist es, kurdische Flüchtlinge, die Verständigungsprobleme haben, über die Corona-Maßnahmen zu informieren und natürlich die dafür notwendigen Schutzmaßnahmen zu erklären.

In den meisten Flüchtlingsunterkünften leben die Flüchtlinge in engen Räumen mit mehreren Menschen zusammen. Es gibt so gut wie keine Masken, Handschuhe und andere Schutzvorkehrungen um sich vor Ansteckung zu schützen.

In einer Unterkunft in Baden-Württemberg, in der ca. 590 Flüchtlinge – die Mehrheit der Anwohner sind Frauen und Kinder – zusammen leben, sind inzwischen 244 Menschen positiv auf das Corona-Virus getestet worden. Da sie

Kurz: der Kapitalismus hat schon vor dem Virus gezeigt, dass er für die meisten von uns nicht funktioniert! Die Corona-Krise wird die Wirtschaftskrise enorm verschärfen. Bleibt die Frage auf welchem Rücken die Krise ausgetragen wird und wer am Ende die Zeche zahlt.

Die Krisenmaßnahmen der Regierung zeigen, in welche Richtung es gehen soll: Unternehmen und Banken werden zwar mit Milliarden unterstützt werden, wer jetzt aber zum Beispiel in der Gastronomie oder Industrie seinen Job verliert steht ohne Hilfe da. Der Staat ist auch in dieser Krise zuerst für die Firmenbosse und ihre Profite da, und nicht für uns Beschäftigte.

Es ist wichtig, dass wir in dieser Situation den Angriffen auf unsere politischen Rechte und wirtschaftliche Interessen etwas entgegensetzen. Gerade in Krisenzeiten müssen wir Widerstand organisieren und handlungsfähig bleiben. Mit der Veranstaltung wollen wir KollegInnen zu Wort kommen lassen, die sich aus verschiedenen Branchen und Perspektiven für die Organisation, die Rechte und Kämpfe von Belegschaften einsetzen. Was sind die Besonderheiten, was die Gemeinsamkeiten, wie kann Solidarität aussehen, die die Interessen aller Lohnabhängigen zusammenbringt?

Corona und die Pflege. - mit Johanna Tiarks
Zoom-Online-Veranstaltung am Samstag, 18.04. von 15:00 bis 16:30

Organisiert von DIE LINKE. Stuttgart - OV Filder

Corona und die Pflege. Gespräch mit Johanna Tiarks. Lehrerin für Pflegeberufe und Bezirksbeirätin S-Mitte.

Was bedeutet die Corona-Krise für eine von Unterfinanzierung betroffene Pflege?

Was sind die Forderungen von DIE LINKE?

Input von Johanna Tiarks und Diskussion.

Join Zoom Meeting

<https://us02web.zoom.us/j/2555373437?pwd=c3VmcmFJVkdgrVnRmcnlxQUJRcUR6UT09>

Meeting ID: 255 537 3437

Password: 816059

Frauen*solidarität! #JetztErstRecht - Aktionstag am 18.04.

Organisiert vom: Aktionsbündnis 8. März Stuttgart www.aktion-frauen.tk

Wir Frauen* sind von der Corona-Krise und ihren sozialen Folgen besonders betroffen.

Nicht nur ökonomisch bekommen wir die Folgen besonders zu spüren und das obwohl viele Frauen* gerade im Gesundheitswesen und Lebensmitteleinzelhandel die Gesellschaft am Laufen halten. Wir spüren die Folgen auch an unseren Körpern: „Stay at Home“ kann für viele Frauen* tödlich enden, da häusliche Gewalt nachweislich in der Isolation zu Hause steigt. Auch das Leben von

ungewollt schwangeren Frauen* ist in Gefahr, da es fast unmöglich geworden ist Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen.

Die Bewältigung der Corona-Krise darf nicht auf unsere Kosten gehen!

Ein Zurück zu der Normalität vor Corona ist für uns keine Option, denn diese Normalität bedeutete für uns doppelte Ausbeutung, zu Hause und im Job, Gewalt und Entmündigung.

Mit einem Aktionstag am 18.04. wollen wir in unseren Fenstern und online auf diese katastrophalen Umstände aufmerksam machen:

Der Corona-Virus macht uns krank, aber diese kapitalistischen und patriarchalen Verhältnisse zerstören unser Leben!

Wir kämpfen gemeinsam für eine solidarische Welt!

Setzt ein Zeichen und hängt am Samstag 18.04. ein Transparent oder Schild mit euren Forderungen von euren Balkonen und aus euren Fenstern: Macht Fotos davon, postet diese auf euren Social Media Kanälen mit **#JetztErstRecht** und schickt sie bis 14 Uhr an aktion-frauen@riseup.net.

Kommt mit uns ab 15 Uhr auf eine Online-Demoroute:

- Die Folgen der Corona-Krise nicht auf unserem Rücken abwälzen!
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Aufwertung der systemrelevanten Berufe!
- Sorgearbeit gerecht verteilen!
- Stoppt die Gewalt gegen Frauen*!
- Sofortige Bereitstellung von mindestens 15.000 zusätzlichen Frauen*hausplätzen!
- Für legale, sichere und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche!

Was bisher galt, gilt jetzt erst recht!

#KeineMehr #FreeSafeLegal #EqualPay #CareRevolution #Frauen*streik
#ichstreike8m #nichtaufunseremrücken

In Verantwortung für Ihre Gesundheit sagen wir vorerst alle direkte Veranstaltungen ab. Der Kreisvorstand trifft sich regelmäßig im Rahmen von Telefonkonferenzen und informiert dann über den bekannten Newsletter.

Aktuelle Infos immer unter: www.die-linke-stuttgart.de

Diesen Newsletter erhalten Sie entweder als Mitglied der Partei DIE LINKE. oder weil ihre E-Mail-Adresse in unsere Mailingliste eingetragen wurde. Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich zur Information von News und Terminen und geben sie nicht an Dritte weiter. Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, schicken Sie uns eine kurze Mail an: news@die-linke-stuttgart.de

Bleibt gesund, gebt aufeinander Acht und seid solidarisch!
Herzliche und solidarische Grüße
DIE LINKE. Stuttgart